

**A N F R A G E** von Tobias Langenegger (SP, Zürich), Sibylle Marti (SP, Zürich) und Fabian Molina (SP, Illnau-Effretikon)

betreffend Steuerausfälle durch Steuerbetrug

Auf kommunaler, kantonaler und nationaler Ebene wird im Moment ein regelrechtes Bashing von Sozialhilfe-Bezügerinnen und -Bezügern betrieben. Diese werden unter Generalverdacht gestellt - ihre Grundrechte mit Füßen getreten. Die rechten Parteien argumentieren damit, dass wer staatliche Leistungen bezieht, also dem Staat «schadet», kein Recht mehr auf Privatsphäre hat. Diese Stigmatisierung ist befremdend. So soll die Sozialhilfe doch primär eine vorübergehende Krise überbrücken.

Dagegen ist Steuerhinterziehung und -betrug meist ein systematischer Betrug am Staat. Solche Fälle werden aber in der Regel stark verharmlost. Medial führen aufgedeckte Finanzskandale (Panama Papers, Paradise Papers etc.) nur zu einem kurzen Aufschrei. Politische Konsequenzen gibt es kaum, auch wenn die finanziellen Schäden solcher Vergehen für den Staat beträchtlich sind. Um besser zu wissen, welche fiskalischen Konsequenzen solche Verbrechen haben, bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viele Fälle der Panama Papers betrafen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler (juristische und natürliche Personen) des Kantons Zürich?
2. Wie viele Fälle der Panama Papers wurden von der eidgenössischen Steuerverwaltung dem kantonalen Steueramt weitergegeben?
3. Wie hohe Steuern und Bussen in der Summe (je separat ausgewiesen) hat der Kanton Zürich von diesen Fällen der Panama Papers erhoben?
4. Gab es in den Paradise Papers Fälle, welche den Kanton Zürich betrafen?
5. Hat der Kanton Zürich betreffend die Paradise Papers von sich aus gehandelt und beispielsweise Untersuchungen eröffnet? Wenn ja, wie viele? Wenn nein, warum nicht?
6. Welche Lehren hat der Kanton Zürich aus den Fällen Panama Papers und Paradise Papers gezogen? Zeichnen sich neue Handlungsfelder ab?
7. Wie viele schwarze Vermögen (Summe total und Anzahl Fälle) sind im Kanton Zürich pro Jahr seit der Einführung der straflosen Selbstanzeige am 1.1.2010 selbstangezeigt worden? Wie viele Steuern wurden darauf nachträglich pro Jahr erhoben?
8. Wie erklärt der Regierungsrat, dass diese Schwarzgelder versteckt werden konnten?
9. Wieso wurden diese Fälle nicht von Amtes wegen bekämpft?
10. Schätzt der Regierungsrat die Ressourcen für die Bekämpfung von Steuerhinterziehung und -betrug als genügend ein?
11. Was will der Regierungsrat künftig gegen die Steuerhinterziehungen und Steuerbetrüge von Steuerpflichtigen im Kanton Zürich tun?

Tobias Langenegger  
Sibylle Marti  
Fabian Molina